

NIEDERSCHRIFT

zur
Sitzung des Rates der Stadt Barsinghausen

Sitzung-Nr: 14/XVI. WP

Sitzungstermin: am Donnerstag, dem 22. Mai 2008 von 19:07 Uhr bis 20:45 Uhr

Sitzungsort: Mensa im Schulzentrum Am Spalterhals, Am Spalterhals

ANWESEND SIND:			
Ratsmitglied			
1	Bürgermeister	Zieseniß	
Mitglieder CDU-Fraktion			
2	Ratsfrau	Benecke	
3	Ratsherr	Dr. Bercusi	
4	Ratsherr	Bohrßen	
5	Ratsherr	Fabisch	
6	Ratsherr	Höfer	
7	Ratsherr	Hohenstein	
8	Ratsherr	Kuban	
9	1. stellv. Bürgermeister	Dr. Matthiesen MdL	
10	Ratsherr	Neddermeier	
11	Ratsherr	Remmers	
12	Ratsherr	Schadow	
13	Ratsherr	Schroth	
14	Ratsfrau	Schulz-Teesink	
15	Ratsvorsitzender	Steuernagel	
16	Ratsherr	Zieseniß	
Mitglieder SPD-Fraktion			
17	Ratsfrau	Baltz	
18	Ratsherr	Baum	
19	Ratsfrau	Dr. Beckmann	nicht bei TOP 15
20	Ratsherr	Bienert	
21	Ratsherr	Dobelmann	
22	Stellv. Ratsvorsitzende	Dürbaum-Betsch	
23	Ratsherr	Dr. Härdrich	
24	Ratsherr	Hugo	
25	Ratsherr	Leuschner	
26	Ratsherr	Messing	
27	Ratsherr	Mientus	
28	Ratsherr	Riemer	
29	Ratsherr	Schaper	
30	2. stellv. Bürgermeisterin	Scheibe	
Mitglieder FDP-Fraktion			
31	Ratsherr	Hinterthür	ab TOP 6, 19.20 Uhr
32	Ratsherr	Schasse	
33	Ratsfrau	Schasse	

Mitglieder Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN		
34	Ratsherr	Hartig
35	Ratsfrau	Richter
36	Ratsherr	Röver
37	Ratsfrau	Westphal
es fehlten entschuldigt		
38	Ratsherr	Klockow
39	Ratsherr	Wittschurky
von der Verwaltung		
40	Stadtinspektoranwärter	Bartl
41	Verwaltungsangestellter	Becke
42	Fachbereichsleiter	Hettwer
43	Leiter ZD	Hoffmann
44	Erster Stadtrat	Lahmann

TAGESORDNUNG:

Öffentliche Sitzung

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung der öffentlichen und der nichtöffentlichen Sitzung
2. Einwohnerfragestunde
3. Aktuelle Stunde
4. Bericht über wichtige Angelegenheiten und Beschlüsse des Verwaltungsausschusses
5. Umbesetzungen in Ausschüssen des Rates und anderen Gremien
- 5.a Entsendung in Gesellschafterversammlungen
Vorlage XVI/246
6. Änderung der Geschäftsordnung des Rates
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 08.05.2008-
Vorlage XVI/269
7. Vorschlagsliste für Beisitzerinnen/Beisitzer (Vertrauenspersonen) für den Schöffenwahlausschuss
Vorlage XVI/260
8. Vorschlagsliste für Schöffinnen und Schöffen beim Landgericht Hannover
Vorlage XVI/261
9. Betriebssatzung der Stadt Barsinghausen für den Gebäudewirtschaftsbetrieb Barsinghausen
hier: Aufhebungssatzung
Vorlage XVI/268
10. Familienfreundliche Stadt Barsinghausen
- Ansätze zur Weiterentwicklung des Freizeit und Betreuungsangebots für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene in Barsinghausen -
Vorlage XVI/223

11. Abschluss eines Fördervertrages mit dem Waldkindergarten Barsinghausen e.V.
Vorlage XVI/267
12. Sportanlage Am Spalterhals
- Verträge über die Nutzung und Sanierung der Sportanlage mit dem TSV Kirchdorf
- Gewährung von Zuschüssen
Vorlage XVI/215
13. Mitteilungen der Verwaltung
14. Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

Nichtöffentliche Sitzung:

Öffentliche Sitzung

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung der öffentlichen und der nichtöffentlichen Sitzung

Herr Ratsvorsitzender Steuernagel eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Herr Steuernagel bittet, folgende Angelegenheiten von der Tagesordnung abzusetzen:

- TOP 3
Genehmigung der Niederschrift über die 12. Sitzung/XVI. WP des Rates am 06.03.2008,
da die Niederschrift noch nicht vorliegt und
- TOP 12, Vorlage XVI/265
Ausweitung von Betreuungsangeboten im Kindergartenjahr 2008/2009 und Änderung der
Gebührensatzung,
da zu diesem Punkt noch Beratungsbedarf besteht.

Hiergegen werden keine Bedenken geäußert.

Herr Hettwer bittet,

- TOP 15, Vorlage XVI/188
Einzelhandelskonzept für das Stadtgebiet von Barsinghausen

von der Tagesordnung abzusetzen, da noch Verhandlungen mit der Stadt Bad Nenndorf durchgeführt werden.

Auch hiergegen werden keine Bedenken geäußert.

Frau Dr. Beckmann beantragt, die Angelegenheit

- Gartenregion Hannover 2009;
hier: Projekt der Kunstschule Noa Noa „Das Wohnzimmer im Freien“

in die Tagesordnung aufzunehmen. Unter dem Punkt soll der Grundsatzbeschluss gefasst werden, dass das Projekt durchgeführt wird. Nach den Planungen der Kunstschule sollte das Projekt im

Herbst d.J. beginnen, was aufgrund des Zeitablaufs durch die weiteren Beratungen schwierig sein würde und somit die Gefahr besteht, dass das Projekt in diesem Jahr nicht mehr starten könnte.

Herr Schroth äußert sich gegen die Aufnahme dieses Punktes, da noch Beratungsbedarf besteht.

Der Antrag wird mit 18 Ja-Stimmen bei 18 Nein-Stimmen abgelehnt.

Beratungsergebnis: zugestimmt mit 36 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen
--

Beschlussdarstellung:

Die vorstehende, gegenüber der Einladung vom 09.05.2008 geänderte Tagesordnung sowie die Behandlung der Tagesordnungspunkte in öffentlicher und nichtöffentlicher Sitzung wird genehmigt.

2. Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen stellt.

3. Aktuelle Stunde

Es liegen keine diesbezüglichen Anträge vor.

4. Bericht über wichtige Angelegenheiten und Beschlüsse des Verwaltungsausschusses

Herr Zieseniß hält den nachfolgenden Bericht:

Der Verwaltungsausschuss hat seit der letzten Ratssitzung gestern getagt. Es wurden folgende wichtige Beschlüsse gefasst:

- Die Stadt Barsinghausen beteiligt sich ab Beginn des Schuljahres 2008/09 an dem Landesprogramm zur Finanzierung der Mittagsverpflegung bedürftiger Schülerinnen und Schüler an Ganztagschulen in Niedersachsen.
2000 EUR für das Jahr 2008 werden in Form einer außerplanmäßigen Ausgabe zur Verfügung gestellt. Die Deckung erfolgt über das Budget des Fachdienstes Schule, Sport und Kultur.
- Der Verwaltungsausschuss hat weiter beschlossen, dass von der Essengelderhöhung, die der Rat am 06.03.2008 beschlossen hat, alle Kinder ausgenommen sind, deren Eltern von der Zahlung von Kindergartengebühren befreit sind.
- Der Verwaltungsausschuss hat beschlossen, dass die Verwaltung die Schulleitung und den Schulvorstand des Hannah-Arendt-Gymnasiums bittet, die Rahmenbedingungen zur vermehrten Nutzung der Mensa durch geeignete Maßnahmen zu verbessern. Hierzu könnte insbesondere eine andere Einteilung der Studentafel erfolgen. Die Busbeförderung soll entsprechend angepasst werden.
- Die Stadt Barsinghausen unterstützt den Antrag der Albert-Schweitzer-Schule, zum Schuljahresbeginn 2008/2009 eine Integrationsklasse einzurichten. Die Stadt hat hierzu ihr

Einvernehmen gemäß Schulgesetz hergestellt.

- Der Verwaltungsausschuss hat beschlossen, einen Auftrag zur Übernahme von Leistungen im Rahmen des Städtebauförderungsprogramms „Aktive Stadt und Ortsteilzentren“ zu vergeben.

Ferner berichtet Herr Zieseniß aufgrund einer Nachfrage im Verwaltungsausschuss, dass Vorbestellungen von Essen in der Goetheschule bei der Fa. Sodexo eine Woche vorher getätigt werden müssen. Sie können einen Tag vor Ausgabe des Essens aus wichtigem Grund (Krankheit) abgesagt werden. Bestellt werden kann über das Internet oder über Bestellscheine von Sodexo, die der Schule oder bei der Essensausgabe abgegeben werden können.

5. Umbesetzungen in Ausschüssen des Rates und anderen Gremien

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

5.a Entsendung in Gesellschafterversammlungen Vorlage XVI/246

Herr Zieseniß erläutert die Beschlussvorlage.

Beratungsergebnis: zugestimmt mit 36 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen
--

Beschlussdarstellung:

Anstelle des Bürgermeisters wird Herr Erster Stadtrat Lahmann in die Gesellschafterversammlungen folgender Gesellschaften berufen:

- SGB Stadtentwicklungsgesellschaft Barsinghausen mbH
- Stadtwerke Barsinghausen GmbH
- Alte Zeche gemeinnützige Betriebs GmbH

6. Änderung der Geschäftsordnung des Rates - Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 08.05.2008- Vorlage XVI/269

Frau Westphal führt aus, dass in der letzten Ratssitzung der Ausschuss für Gebäudewirtschaft gebildet wurde. In der Geschäftsordnung ist aber nicht vorgesehen, beratende Mitglieder in den Ausschuss zu entsenden. Dies möchte die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN tun, da es sich hierbei um einen regulären Ratsausschuss handelt.

Grundsätzlich führt Frau Dr. Beckmann aus, dass der Aufgabenbereich des neugebildeten Ausschusses für Gebäudewirtschaft in den Ausschuss für Verwaltungssteuerung, Gleichstellung und Rechnungsprüfung hätte integriert werden sollen.

Weiter sagt sie, dass im Bezug auf die aktuellen Ereignisse im Schulausschuss es ihres Erachtens unerwünscht erscheint, dass die beratenden Mitglieder ihre Meinung äußern. Dies werde ihrer Meinung nach auch im Ausschuss für Gebäudewirtschaft der Fall sein. Daher wird ihre Fraktion den Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN ablehnen. Sie macht aber deutlich, dass eine Bürgerbeteiligung in den Ausschüssen erwünscht ist, sofern die beratenden Mitglieder ernst

genommen werden.

Herr Schroth entgegnet, dass sich die aktuellen Ereignisse im Schulausschuss ausschließlich auf das Abstimmungsverhalten und nicht auf die Meinungsäußerung bezogen haben.

Frau Westphal bedauert, dass ein Antrag über den Ausschuss für Gebäudewirtschaft verwendet wird, um über andere Ausschüsse zu debattieren. Ferner müsste nach den Aussagen von Frau Dr. Beckmann dann konsequenter Weise aus den anderen Ausschüssen ebenfalls alle beratenden Mitglieder zurückgezogen werden und die Geschäftsordnung entsprechend geändert werden, wenn dem Antrag nicht zugestimmt wird.

Frau Dr. Beckmann führt an, dass die SPD-Fraktion die Kommunalaufsicht bereits zur Bildung der Ausschüsse bei der konstituierenden Sitzung eingeschaltet hatte. Die Kommunalaufsicht hatte geäußert, dass das Verfahren mit den beratenden Mitgliedern erstmal ausprobiert werden sollte. Sie merkt an, dass das Verfahren im Ausschuss für Jugend, Bildung, Sport und Kultur deutlich gezeigt habe, dass die von der Mehrheitsgruppe durchgeführte Bildung des Ausschusses sich nicht bewährt habe. Allgemein bemängelt sie die gesamte Beratungskultur in den Ausschüssen, da sie sich deutlich verschlechtert habe.

Herr Neddermeier erklärt, dass alle beratenden Mitglieder ernst genommen werden und würde es ausdrücklich bedauern, wenn keine benannt werden, da dieser Ausschuss eine hohe fachliche Ausrichtung hat.

Beratungsergebnis: zugestimmt
mit 23 Ja-Stimmen, 14 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen

Beschlussdarstellung:
Die Geschäftsordnung des Rats wird wie folgt geändert:
In § 26 Abs. 3, Satz 1 wird die Ziffer „4.“ durch die Ziffer „5.“ ersetzt.

Nach kurzer Diskussion einigt sich der Rat darauf, dass die Benennung der beratenden Mitglieder in der nächsten Sitzung vorgenommen werden soll.

7. Vorschlagsliste für Beisitzerinnen/Beisitzer (Vertrauenspersonen) für den Schöffenwahlausschuss **Vorlage XVI/260**

Herr Lahmann führt in die Inhalte der Vorlage ein.

Beratungsergebnis: zugestimmt
mit 37 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen

Beschlussdarstellung:
Die Stadt Barsinghausen benennt folgende Vertrauenspersonen für den Schöffenwahlausschuss beim Amtsgericht Wennigsen:

1. Frau Cornelia Heere-Streibel
2. Herrn Bernhard Klockow
3. Herrn Dr. Wilhelm Wortmann

8. Vorschlagsliste für Schöffinnen und Schöffen beim Landgericht Hannover

Vorlage XVI/261

Herr Lahmann gibt eine Einführung in den Tagesordnungspunkt und weist auf die vorliegende Ergänzung der Schöffenliste hin.

Beratungsergebnis: zugestimmt
mit 37 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen

Beschlussdarstellung:

In die Vorschlagsliste für Schöffinnen und Schöffen werden für die Sitzungsperiode 2009 bis 2013 folgende Personen aufgenommen (siehe Anlage 1 zur Vorlage und Ergänzung).

9. Betriebssatzung der Stadt Barsinghausen für den Gebäudewirtschaftsbetrieb Barsinghausen hier: Aufhebungssatzung Vorlage XVI/268

Herr Zieseniß führt aus, dass infolge der Auflösung des Eigenbetriebes Gebäudewirtschaft auch die Betriebssatzung aufgehoben werden muss. Dies muss durch eine Satzung geschehen.

Beratungsergebnis: zugestimmt
mit 23 Ja-Stimmen, 14 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen

Beschlussdarstellung:

Die als Anlage 1 zur Vorlage beigefügte Satzung wird beschlossen.

10. Familienfreundliche Stadt Barsinghausen - Ansätze zur Weiterentwicklung des Freizeit und Betreuungsangebots für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene in Barsinghausen - Vorlage XVI/223

Herr Hugo führt in die Beschlussvorlage ein.

Herr Hoffmann merkt an, dass im Sachtext angeführt ist, eine Mitarbeiterin unbefristet weiterzubeschäftigen. Die Weiterbeschäftigung wird stattdessen befristet, gekoppelt an die Befristung der Stundenreduzierung einer anderen Sozialarbeiterin.

Herr Höfer erklärt, dass die CDU-Fraktion im Rahmen der familienfreundlichen Stadt das zukunftsweisende Jugendkonzept begrüßt. Dabei ist ihm wichtig, dass zukünftig seitens der Verwaltung ein Konzept erstellt wird, das insbesondere die Netzwerke, die es bereits in der Jugendarbeit durch die Vereine, Organisationen gibt, berücksichtigt.

Herr Hugo macht deutlich, dass die SPD-Fraktion ein Konzept begrüßt. Er hält es allerdings nicht für sinnvoll, dass Stellenanteile aus dem Kinder- und Jugendhaus Egestorf abgezogen werden und statt eines Streetworkers ein Anerkennungspraktikant eingestellt werden soll. Von daher wird die Vorlage in der vorgelegten Form abgelehnt.

Herr Schroth macht deutlich, dass im Jugendbereich insgesamt 1,5 zusätzliche Stellen seit dem Amtsantritt von Herrn Zieseniß geschaffen worden sind. Ferner müssten Änderungen und neue Ideen für die Jugendarbeit in Barsinghausen akzeptiert werden.

Frau Dr. Beckmann entgegnet, dass durch die Flexibilisierung des Personaleinsatzes mehr Aufgaben übernommen werden sollen. Dieses bedeutet ihres Erachtens im Umkehrschluss, dass die bestehenden Einrichtungen ausgedünnt werden, insbesondere im Kinder- und Jugendhaus in Egestorf.

Beratungsergebnis: zugestimmt
mit 22 Ja-Stimmen, 14 Nein-Stimmen, 1 Stimmenthaltung

Beschlussdarstellung:

1. Die Struktur der Jugendpflege wird wie im Sachtext beschrieben ausgebaut.
2. Der Stellenverteilungsplan wird dem entsprechend angepasst.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, durch die Inanspruchnahme öffentlicher Förderungsmöglichkeiten und durch eine Flexibilisierung des Personaleinsatzes die Leistungen der Jugendpflege, des Kinder- und Jugendbüros und der Einrichtungen der Jugendarbeit auszubauen, ohne den Haushalt zusätzlich zu belasten.
4. Der Vorschlag der Verwaltung, die Stelle eines Stadtjugendpflegers vorrangig für die kommunale Jugendarbeit zu schaffen, wird begrüßt. Bei der Stellenbeschreibung ist es allerdings notwendig, die pädagogische Schwerpunktsetzung besonders herauszuheben. Zwingend erforderlich ist es, über den Aufbau von Netzwerken die Jugendarbeit leistenden Vereine, Kirchen, Jugendwehren sowie die Schulen einzubinden. Damit ist es auch möglich, alle Ortsteile der Stadt Barsinghausen besonders mit einzubeziehen.
5. Bis zum März 2009 ist die Verwaltung beauftragt, ein zukunftsweisendes Konzept für kommunale Jugendarbeit in Barsinghausen (u.a. mit Programmen, Zielen, Zeitplänen) vorzulegen. Vorschläge aus dem Bericht Prof. Romppel/Joschonek sind mit zu berücksichtigen.

**11. Abschluss eines Fördervertrages mit dem Waldkindergarten Barsinghausen e.V.
Vorlage XVI/267**

Herr Höfer erläutert die Beschlussvorlage.

Beratungsergebnis: zugestimmt
mit 37 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen

Beschlussdarstellung:

Die Stadt Barsinghausen schließt mit dem Waldkindergarten Barsinghausen e.V. den dieser Vorlage als Anlage beigefügten Fördervertrag.

12. Sportanlage Am Spalterhals
- Verträge über die Nutzung und Sanierung der Sportanlage mit dem TSV Kirchdorf
- Gewährung von Zuschüssen
Vorlage XVI/215

Herr Fabisch verlässt zu diesem Punkt die Beratung und begibt sich in den Bereich für Zuhörerinnen und Zuhörer.

Herr Höfer hebt hervor, dass beide Vertragsparteien, d. h. die Schule/der Schulträger und der TSV Kirchdorf intensiv an der Verhandlung und der Aushandlung der Verträge beteiligt waren. Er vertritt die Auffassung, dass durch die Sportanlage eine langfristige Wirkung erzielt wird. Er erinnert, dass das Sportabitur bisher nicht in Barsinghausen möglich war, beziehungsweise die Leichtathletikprüfung in Wennigsen absolviert werden musste. Weiter sagt er, dass der Schulstandort durch die Möglichkeit des Sportabiturs verbessert wird. Weiter sagt er, dass langfristig große Einsparungen für die Stadt durch die Übernahme der Pflege vom TSV Kirchdorf erzielt werden. Durch dieses Projekt gibt es hohe Zuschüsse durch den Landessportbund, die die Stadt ansonsten nicht erhalten hätte. Weiter führt Herr Höfer aus, dass Punkt 6 der Beschlussempfehlung dem TSV Kirchdorf eine Rechtssicherheit gibt, da aufgrund der Lärmemissionen eventuell die Genehmigung nicht in der geplanten Form erteilt werden könnte. Die Verwaltung und die CDU/FDP-Gruppe gehen von der Umsetzung des Beschlusses in der vorliegenden Form aus. Abschließend sagt er, dass im Juni d.J. mit den Arbeiten begonnen werden soll und sich durch eventuelle Nachverhandlungen seitens des TSV Kirchdorf die Kosten noch reduzieren könnten. Solche Nachverhandlungen wären für die Stadt nicht möglich.

Herr Dobelmann entgegnet, dass aus Sicht der SPD-Fraktion gegen die Sanierung des Schulsportgeländes keine Bedenken bestehen, aber alles, was über den Schulbedarf hinausgeht, nicht erfolgen sollte. Er begründet dieses mit den eingeschränkten Nutzungsmöglichkeiten beim Sportbetrieb an diesem Standort. Nach dem Vertrag kann der Hauptsportplatz am Sonntag von 13 bis 15 Uhr nicht genutzt werden. Ferner müssen die Belange der Anwohner bedacht werden, die durch das Außenbecken am Deisterband und durch die Freikirche bereits belastet sind. Zur Finanzierung sagt er, dass es sich hierbei um freiwillige Leistungen handelt und er erinnert daran, dass in der letzten Woche der Zeitung zu entnehmen war, dass die Stadt sich aufgrund eines Schreibens der Kommunalaufsicht bei den freiwilligen Leistungen zurückhalten müsse.

Herr Riemer weist darauf hin, dass über Jahre die Sportförderrichtlinie dafür gesorgt hatte, dass alle Vereine gleich behandelt worden sind. Dies werde nun erheblich verletzt. Ferner wird die demographische Entwicklung nicht berücksichtigt, da die Vereine künftig nicht mehr über genügend Mitglieder verfügen werden, um z.B. die Pflege der Sportanlagen zu gewährleisten und die Vereine künftig vermehrt zusammenarbeiten müssten, um überhaupt einen Spielbetrieb anbieten zu können. Auch die Entwicklung der Schülerzahlen seien rückläufig.

Herr Hugo betont, dass die SPD-Fraktion erheblichen Korrekturbedarf bei den Verträgen sieht. Er macht deutlich, dass der Vorlage und den Verträgen seitens der SPD-Fraktion nicht zugestimmt wird. Durch Änderungen in den Verträgen sollte eine Präzisierung der Nutzungsabgrenzung erreicht werden, da in den Verträgen angeführt ist, dass Pflegemaßnahmen die Schulnutzung und den Schulbetrieb nach Möglichkeit nicht beeinträchtigt sollen. Hierzu sieht er es als erforderlich an, dass eine Präzisierung erfolgt, um möglichen künftigen Konflikten entgegen zu wirken.

Herr Schroth führt an, dass Synergien geschaffen werden. Es müsste nur noch ein Sportplatz verwaltet werden, was dann von dem Verein übernommen wird. Der bisherige Sportplatz könnte als Baugebiet ausgewiesen werden, der es ermöglicht, dass neue Familien nach Barsinghausen ziehen. Dadurch könnte der demographischen Entwicklung entgegen gewirkt werden. Der TSV Kirchdorf übernimmt eine hohe Verantwortung und muss eng mit der Schule zusammenarbeiten, so dass diese Situation nicht mit einer Förderung gemäß Sportförderrichtlinie vergleichbar ist. Weiter sagt er, dass eine Platzordnung geschaffen werden muss, die dann im Rat noch beraten

werden wird. Trotz der schwierigen Haushaltslage wird seines Erachtens mit dieser intelligenten Lösung etwas Großes erreicht.

Herr Bienert weist darauf hin, dass andere Vereine eine Sportförderung i.H.v. 10 % erhalten und der TSV Kirchdorf nunmehr eine Förderung i.H.v. 58 % für das Vereinsheim erhalten soll. Die Risikoübernahme seitens der Stadt erachtet er als äußerst hoch. Er erinnert in diesem Zusammenhang an die Aussage von Herrn Steuernagel, dass die Stadt nicht Rückversicherer für die Deister-Freilicht-Bühne sein könne und keinen Zuschuss für die Sturmschäden in der Deister-Freilicht-Bühne zahlen könnte. Konkret soll nunmehr die Stadt die Mittel für das Vereinsheim im Voraus zahlen und die Mittel später wieder einnehmen. Diese Einnahme ist seines Erachtens nicht gesichert. Genauso verhält es sich seines Erachtens bei den Mitteln für die Sportflächen i.H.v. 700.000,- EUR. Wirtschaftlich sei dies für die Stadt nicht vertretbar. Eine Auftragsvergabe bei einem nicht genehmigten Haushalt erachtet er ebenfalls als fragwürdig.

Herr Lahmann weist darauf hin, dass der Vertrag erst unterschrieben wird, wenn der Haushalt genehmigt ist. Auf Nachfrage von Herrn Riemer erklärt er, dass er davon ausgehe, dass der Haushalt in Kürze genehmigt wird.

Frau Dr. Beckmann weist im Zusammenhang mit den finanziellen Risiken für die Stadt auf Punkt 6 der Beschlussempfehlung hin, nachdem die Stadt die Zuschüsse des Landessportbundes zurückzahlt, wenn die baurechtliche Genehmigung nicht erteilt werden darf. Sie erachtet es als unverantwortlich die Maßnahme beginnen zu lassen, obwohl die baurechtliche Zulassung noch nicht absehbar ist und die Verträge noch nicht abschließend geklärt sind. Erst wenn dieses geschehen ist, sollten die Maßnahmen ausgeführt werden, da ansonsten das Risiko für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt zu hoch sei. Sie stellt daher den Änderungsantrag, Punkt 6 der Beschlussempfehlung zu streichen.

Herr Mientus weist darauf hin, dass eine ähnliche Situation schon zur Errichtung des Außenbeckens am Deisterbad vorgelegen hat, wo noch nicht erzielte Einnahmen bereits veräußert wurden. Auch erachtet er die Vermarktung des bestehenden Sportplatzes in Kirchdorf als Bauland nicht für sinnvoll, da genügend Bauland vorhanden ist und man sich dadurch selbst Konkurrenz machen würde. Der TSV Kirchdorf wird seines Meinung nach unverhältnismäßig hoch begünstigt.

Herr Schroth erklärt, dass die SPD-Fraktion nur den Verein sehe. Die CDU-Fraktion sehe die Schule vordergründig. Der Sportplatz muss dringend saniert werden. Dies muss auch ohne den Verein passieren, deswegen ist Punkt 6 in der Beschlussempfehlung enthalten.

Herr Lahmann führt aus, falls die Vereinsnutzung nicht zulässig sein sollte, dass dann der Sportplatz nur als Rasenfläche und Laufbahn (Bauabschnitt 1) für Schulzwecke gebaut werden würde und dann die Ziffer 6 des Vertrages greift.

Herr Lahmann erklärt auf Nachfrage von Herrn Dobelmann, dass der bisherige Bebauungsplan in Kraft bleibt bis ein neuer Bebauungsplan rechtmäßig in Kraft gesetzt wurde. Weiter sei die Aufstellung eines neuen Bebauungsplanes nur für Schulzwecke seines Erachtens unproblematisch.

Frau Dr. Beckmann führt aus, dass in der Sachdarstellung beschrieben steht, dass aufgrund der Vereinsnutzung eine größere Sportanlage geplant ist. Sie appelliert, vor der Beschlussfassung erneute Beratungen durchzuführen. Weiter sagt sie, dass alle Schulen bedacht werden sollten. Sie merkt kritisch an, dass in der KGS der Förderverein die Sportanlage sanieren musste. Der Bau ist in seiner Größe nicht für die Schule erforderlich, so Frau Dr. Beckmann.

Herr Lahmann erklärt, dass für die Schule nur ein Rasenplatz und eine Leichtathletikanlage nötig sind. Die Verwaltung hält den geplanten Platz für angemessen. Die endgültige Rechtskraft würde erst nach einer Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts feststehen, wenn jemand gegen den geplanten Bebauungsplan vorgehen würde. Die Verwaltung hält ihn für rechtmäßig.

Herr Steuernagel stellt den Änderungsantrag der SPD-Fraktion „Punkt 6 der Beschlussempfehlung zu streichen“ zur Abstimmung.

Frau Westphal fragt, ob die SPD-Fraktion durch ihren Antrag, Punkt 6 zu streichen, die Punkte 1 bis 5 beschließen möchte.

Frau Dr. Beckmann erklärt, dass nach der Geschäftsordnung zuerst Änderungsanträge abgestimmt werden.

Herr Lahmann erklärt, dass seines Erachtens der Antrag nicht sinnvoll ist, da nach seiner Auffassung Anträge derart formuliert werden müssen, dass die Verwaltung diese ausführen kann.

Frau Westphal wirft nochmals die Frage auf, ob der Antrag der SPD-Fraktion so zu verstehen ist, dass dann im Umkehrschluss Ziffern 1 bis 5 beschlossen werden. Ansonsten würde es nichts geben, worüber man abstimmen könnte, so Frau Westphal.

Frau Dr. Beckmann entgegnet, dass im Sinne der NGO und der Demokratie Änderungsanträge zur Abstimmung gestellt werden müssen. Dieses fordert sie ein.

Herr Messing findet es unverständlich, warum bei Änderungsanträgen erklärt werden müsse, wie danach abgestimmt wird.

Frau Dr. Beckmann wiederholt ihren Antrag: „In der Beschlussempfehlung wird Ziffer 6 gestrichen.“

Frau Westphal erklärt, dass sie an der Abstimmung nicht mitwirken wird, da sie diese verfahrensrechtlich nicht für zulässig hält, da bei einem Änderungsantrag auch ein Beschlussvorschlag gestellt werden muss. Der Beschlussvorschlag muss ihres Erachtens lauten „Ich bitte abzustimmen wie folgt.....“. Der Antrag in der gestellt Form impliziert automatisch, dass man sich für die übrigen Punkte in der Beschlussempfehlung ausspricht.

Herr Hinterthür bittet die Sitzung zu unterbrechen, da er sich der Position von Frau Westphal anschließt und Beratungsbedarf sieht.

Gegen die Sitzungsunterbrechung werden keine Bedenken geäußert.

Herr Steuernagel unterbricht die Sitzung von 20.14 bis 20.23 Uhr.

Herr Steuernagel bittet Frau Dr. Beckmann, den Antrag noch einmal exakt im Wortlaut zu formulieren.

Frau Dr. Beckmann wiederholt: „Die SPD-Fraktion stellt den Antrag, die Ziffer 6 der Beschlussempfehlung zu streichen.“

Der Antrag wird mit 20 Nein-Stimmen, 14 Ja-Stimmen und 1 Stimmenenthaltung abgelehnt (Frau Westphal hat nicht mitgewirkt).

Beratungsergebnis: zugestimmt
mit 22 Ja-Stimmen, 14 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen

Beschlussdarstellung:

1. Dem Abschluss des Vertrags mit dem TSV Kirchdorf über die Nutzungsrechte der Sportanlagen an den Straßen Am Spalterhals und Am Sportplatz im Stadtteil Kirchdorf wird zugestimmt.
2. Dem Abschluss des Vertrags über die Ausgestaltung des Nutzungsanspruchs und die Durchführung von Bau- und Sanierungsmaßnahmen der Sportanlage Am Spalterhals wird zugestimmt.
3. Der Gebäudewirtschaftsbetrieb wird beauftragt, die für die Bau- und Sanierungsmaßnahmen im Jahr 2008 und in den Folgejahren erforderlichen Zuschüsse an den TSV Kirchdorf in der vom Rat zu dieser Vorlage beschlossenen Höhe entsprechend dem Baufortschritt auszuzahlen und entsprechende Mittel in den Haushalt der Gebäudewirtschaft einzustellen.
4. Der Gebäudewirtschaftsbetrieb wird beauftragt, dem TSV Kirchdorf für die Errichtung eines Vereinsheims auf der Fläche der Sportanlage Am Spalterhals ein Erbbaurecht einzuräumen. Der anfallende Erbbauzins für die noch zu vermessende Teilfläche wird im Rahmen der allgemeinen Sportförderung vom Kernhaushalt an den Gebäudewirtschaftsbetrieb entrichtet.
5. Für die sich aus den Aufträgen an die Gebäudewirtschaft ergebenden Abschreibungen und Finanzierungskosten des Gebäudewirtschaftsbetriebes erhält dieser entsprechende Erstattungsleistungen aus dem Kernhaushalt der Stadt.
6. Für den Fall, dass die beabsichtigte Vereinsnutzung der Sportanlage nicht oder nicht in vollem Maße zulässig ist und der TSV Kirchdorf aus diesem Grund bereits erhaltene Sportfördermittel zurückzahlen muss, erstattet die Stadt dem TSV Kirchdorf den Rückzahlungsbetrag für den ersten Bauabschnitt.

13. Mitteilungen der Verwaltung

1. Herr Lahmann berichtet von einem Schreiben der Kommunalaufsicht, in dem auf die neue Richtlinie zum Haushaltssicherungskonzept verwiesen wird. Vom Ministerium wurde darauf hingewiesen, dass diese nicht für das Haushaltsjahr 2008 anzuwenden ist, wenn die Beratungen schon fortgeschritten sind. Auch wenn die Beratungen in Barsinghausen erst sehr spät erfolgt sind, geht er nicht davon aus, dass deswegen der Haushalt nicht genehmigt wird. Ansonsten wurde von der Kommunalaufsicht auf die Verschuldung hingewiesen. Eine Kreditermächtigung für das Jahr 2012 wurde in Frage gestellt, durch die Änderung der Rechtsform des Gebäudewirtschaftsbetriebs wird sich diese in Zukunft nicht mehr ergeben.
2. Der Nachtragshaushalt wird in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Verwaltungssteuerung, Gleichstellung und Rechnungsprüfung eingebracht. Es ist mit erheblichen Belastungen aufgrund geringerer Gewerbesteuererinnahmen i.H.v. 1,0 Mio. EUR zu rechnen. Im Haushaltsplan der Gebäudewirtschaft wurden bisher Reparaturen aus Abschreibungen finanziert, die jedoch als „Unterhaltung“ auszuweisen sind. Dieses hat zur Folge, dass ein höherer Zuschuss nötig sein wird.

14. Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

1. Herr Mientus fragt an, ob in dem ehemaligen Jordan-Gebäude in einem abgemauerten Keller alte Fässer gefunden worden sind, wie viele dies gewesen sind, welchen Inhalt diese hatten und wer die Entsorgung übernommen hat.

Herr Zieseniß erklärt, dass er keine Nachricht von der SGB bekommen hat. Er geht davon aus, dass er über etwas Wichtiges informiert worden wäre. Im Übergabevertrag steht aber, dass sämtliche Altlasten zulasten des Alteigentümers gehen.

Herr Mientus bittet, dass seine Fragen schriftlich beantwortet werden.

2. Frau Dr. Beckmann führt an, dass mehrfach von Bürgerinnen und Bürgern eine Bürgerversammlung zum Thema „Kaufland“ gefordert wurde, in der die Verwaltung über ihren Kenntnisstand informiert und die Rahmenbedingungen der Planungen erläutert. Sie fragt, ob und wann eine Bürgerversammlung stattfindet und wie der momentane Planungsstand ist.

Herr Zieseniß antwortet, dass es noch keine neuen Erkenntnisse gibt. Es liegen weder Planungen noch Bauanträge vor. Daher kann noch keine Bürgerversammlung stattfinden.

Herr Röver regt an, dass die Stadtverwaltung dies in der Zeitung bekanntgibt.

Herr Schaper regt an, dass die Verwaltung sich genauere Informationen zur Angelegenheit „Kaufland“ besorgt, da viele Gerüchte kursieren.

3. Herr Röver führt aus, dass die Einladung zum Stadtfest in Wurzen sehr spät gekommen ist. Die Verwaltung in Wurzen sollte etwa 3 Monate vor den Partnerschaftsterminen die Partnerstädte hierüber informieren..

Herr Zieseniß erklärt, dass die Stadtverwaltung dies der Partnerstadt schon mitgeteilt hat.

4. Herr Riemer kritisiert, dass das Deisterbad geschlossen wurde, um das Außenbecken zu öffnen. Es ist ein sehr schlechter Zustand, wenn nur ein Becken geöffnet bleiben kann.

Herr Bohrßen antwortet, dass eine Investition von ca. 300.000,- EUR erforderlich wäre, um einen Parallelbetrieb zu ermöglichen. Der Schwimmmeister kann allerdings drei Stunden vor Betriebsbeginn entscheiden, ob das Außenbecken oder das Hallenbad geöffnet wird.

Nichtöffentliche Sitzung:

Herr Steuernagel schließt die Sitzung um 20:45 Uhr.

Steuernagel
Ratsvorsitzender

Zieseniß
Bürgermeister

Bartl
Protokollführer